Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Einzelne Nummern zu 10 ₰ auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Kinkhardt).

Nr. 393. **Donnerstag** den 4. August 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* In der bayerischen Kammer der Reichsräte kam gestern der Fall v. Asch-Dr. Heim zur Sprache. Der Kriegsminister verteidigte sein Verhalten, gestand aber zu, daß für Offiziere das Duell nicht immer zu vermeiden sei. Graf Preysing fordert, ein Vorgehen gegen Dr. Heim als Beamten, der sich zum Mitschuldigen der schweren Pflichtverletzung eines Offiziers gemacht habe.

* Pater August Henninghaus vom Missionshause in Steyl ist zum Nachfolger des Bischofs Anzer als apostolischer Vikar von Schantung ernannt worden. (Siehe Deutsches Reich.)

* Wie uns aus Köln gemeldet wird, tritt der dortige Magistrat für sämtliche Bühnenkontrakte Purschians ein. Das Theater soll nicht mehr verpachtet, sondern in eigene Regie genommen werden.

* Nach einem Bericht des Generals Kuroki fielen bei Yangtzulin und Kushalintzu auf japanischer Seite 6 Offiziere, 16 wurden verwundet; ferner verloren die Japaner 950 Mann an Toten und Verwundeten.

* Eine in Rom eingelaufene Privatdepesche aus Yokohama meldet, daß der japanische Panzerkreuzer Kasuga, welcher in Italien erbaut ist, gesunken sei.

Deutschlands Handel mit der Union.

Von unserm amerikanischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Man redet immerzu von einer „amerikanischen Invasion", man hört ständig den bereits zum geflügelten Worte gewordenen Warnruf vor der „amerikanischen Gefahr", man fordert energisch die Völker Europas auf, sich zu einem allgemeinen europäischen Zollbund gegen die nimmersatten, angriffslustigen Yankees zusammenzuschließen, daneben jammert man über das „altersschwache" Europa, das nicht mehr gegen die jugendkräftige Union aufkommen könne, — kurz, man könnte fast glauben, Europa sei auf dem besten Wege, von Amerika ruiniert zu werden. Dazu kommt nun noch, daß die vielen Amerikareisenden, nachdem sie auf dem Dampfroß die großen Industriezentren der Union durchjagt und hie und da ihre Forschernase in die gigantischen Betriebe gesteckt haben, das unbezwingliche Bedürfnis haben, sofort nach ihrer Heimkehr dickleibige Bücher über Amerika zu schreiben.

Nun ist es ja leicht erklärlich und eigentlich selbstverständlich, daß man einem Gaste doch nicht gerade die schmutzigsten Ecken und Winkel seines Hauses zeigt, sondern ihn in die „gute Stube" führt und dort all die schönen Sachen bewundern läßt. So macht es Vetter Jonathan auch, er führt seine Besucher eben dahin, wo es etwas zu bewundern gibt in seinem großen Hause, er paradiert vor ihm mit den immensen Zahlenreihen, die die „Managers" der Riesenbetriebe zusammengestellt haben und in der liebenswürdigsten, zuvorkommendsten Weise dem Besucher zur „freien Benutzung" zur Verfügung stellen — drüben versteht man eben die Geschäftsreklame aus dem „ff" —, und nachher stehen dann diese Paradezahlen in Reih und Glied aufmarschiert in den schleunigst geschriebenen Amerikabüchern. Das ist billig und wirksam. (Der Schreiber dieser Zeilen war fast zehn Jahre drüben amtlich tätig und weiß aus eigner Erfahrung, wie es gemacht wird.)

Insonderheit aber ist es Deutschlands Handel und Industrie, von welchen man immer hört, daß sie mit Amerika nicht mehr konkurrieren könnten, daß sie zuletzt von der „amerikanischen Invasion" erdrückt und erstickt würden. Und zwar hat man diese Behauptungen schon so oft gehört, daß man fast glauben müßte, es sei wirklich wahr. Aber Zahlen beweisen! Wenn man jedoch sorgfältig jene oben erwähnten Paradezahlen prüft, die Verhältnisse in Betracht zieht, und dann mit den Zahlen vergleicht, die Deutschland uns zur Verfügung stellen kann, dann wird das Ergebnis ein ganz andres sein, und man wird fast mit demselben Rechte, mit dem man in Deutschland von der amerikanischen Gefahr redet, in Amerika von einer „deutschen Gefahr" reden können. Diesem Gedanken gibt eine amerikanische Zeitung geradenwegs Ausdruck, und zwar ist es gerade ein deutschfeindliches Blatt, welches gewiß nichts übrig hat für ein Lob Deutschlands, nämlich die „Chicago Tribune". In einem längeren Artikel über die ostasiatischen Handelsverhältnisse beklagt sie, daß die raffinierten Deutschen in Ostasien einen Handelssieg nach dem andern davontragen und fährt dann fort:

„Nur wenig wird über den deutschen Fortschritt aber die deutsche Gefahr geschrieben oder gesprochen, aber sie ist da und bildet einen gefährlichen Faktor im Handelsleben des Jahrhunderts. Wir haben unsere Flagge auf 1400 Inseln in der chinesischen See aufgezogen und eine Masse Reden gehalten und die Lebenskosten und die Löhne in allen Osthäfen erhöht, bis die Europäer wünschen, daß Amerika nie entdeckt worden wäre, aber inzwischen hat Deutschland ohne Inseln und ohne Redenhalten den Handel erobert und sich in kommerzieller Hinsicht fest eingepflanzt. Die Erwerbung der Philippinen sollte uns den ganzen orientalischen Handel sichern, aber während unsere Redner uns dies noch versprechen, hat Deutschland die Beute eingesteckt."

Man hört hier ordentlich den Neid und die Empörung des Yingoblattes heraus, welches am liebsten Deutschland an die Wand gedrückt sähe. Um so eher aber darf man auch glauben, daß es diesmal die Wahrheit spricht. Dem entsprechen denn auch die statistischen Zahlen. Nach den Aufzeichnungen und Berichten der amerikanischen Konsuln in Deutschland belief sich der deklarierte Wert der von Deutschland nach den Vereinigten Staaten exportierten Waren im Fiskaljahr 1903 auf 119 878 426 Dollars gegen 102 300 755 Dollars im Jahre 1902, also eine Zunahme von 17 577 671 Dollars (1900 waren es 97 374 700 Dollar). Die hauptsächlichsten Handelsartikel waren Farben und Chemikalien (ca. 20 Mill. Dollars), feinere Wollen-, Baumwollen- und Seidenstoffe, Handschuhe, Wein usw.

Der Export der Vereinigten Staaten nach Deutschland belief sich 1900 auf 187 347 889 Dollars, in 1901 auf 191 780 427 in 1902 auf 173 148 010, in 1903 auf 183 555 010 Dollars. Vergleichen wir nun diese Zahlen miteinander, so finden wir, daß auf Seiten Amerikas die Steigerung des Exports mit der des Imports keinen gleichen Schritt gehalten hat: Im Fiskaljahre 1903 hat Amerika nach Deutschland freilich für ca. 10½ Millionen Dollars mehr verkauft als im Vorjahre, dafür aber von ihm mehr gekauft für ca. 17½ Millionen, ist also immerhin um eine Bilanz von ca. 7½ Millionen Dollars zurückgeblieben. Das sieht doch gerade nicht wie eine „amerikanische Gefahr" oder „Invasion" aus.

Amerika ist ja allerdings, was Bodenschätze anbetrifft, das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten", aber eine Grenze ist ihm dennoch gesetzt, die es nicht überschreiten darf, ohne die größte Gefahr für sich heraufzubeschwören, die Absatzmöglichkeit. Amerika droht eben die Gefahr der Ueberproduktion für seine Industrie. Daher auch das ständige Streben und Treiben nach dem ostasiatischen Markte. Amerikas Industrie ist in schlimmer Lage, wenn sie sich keine neuen Absatzgebiete schaffen kann. Die gigantischen Betriebe mit ihrer maschinellen Massenproduktion produzieren ja weit mehr als das Land selbst konsumieren kann. Beweis sind die vielen Arbeitseinstellungen der Fabriken in der letzten Zeit; sie wissen eben nicht mehr, wohin mit dem Ueberfluß? Ueber sieben Millionen Arbeiter werden in den Fabriken beschäftigt, tritt nun infolge der Ueberproduktion eine Stagnation ein, so kann dies von den schwersten Folgen für das ganze Land werden. Und die Arbeiterfrage, welche ebenfalls nicht zu unterschätzen ist, bildet auch eine Grenze für Amerikas Handel und Industrie, die so leicht nicht überschritten werden kann. Die hohen Löhne verursachen hohe Produktionskosten; wenn daher auch die Rohprodukte schier unbegrenzt vorhanden und daher billigst zu haben sind, der Produktionsfaktor Arbeit verteuert die Fabrikate doch so, hebt die Billigkeit des Produktionsfaktors Natur soweit auf, daß das fertige Produkt dennoch zuletzt solchen Preis verlangt, daß selbst Deutschland, wohl am kümmerlichsten mit dem Produktionsfaktor Natur bedacht, dennoch erfolgreich mit der amerikanischen Industrie konkurrieren kann. Ja, wenn Amerikas Industrie nicht durch den exorbitanten Schutzzoll gedeckt wäre, würde sie trotz aller immensen Bodenschätze gegen Deutschlands Industrie schwer aufkommen können, denn das „Made in Germany" hat in der ganzen Welt einen guten Ruf, und die exakte Arbeit, das künstlerische individuelle Ausgestalten der industriellen Erzeugnisse werden Deutschland allezeit einen hervorragenden Platz auf dem Weltmarkt sichern, während Amerika nur in Massenartikeln florieren kann. Gerade dieser Unterschied zwischen beiden Industrien aber bewirkt auch, daß Deutschlands Handel mit der Union niemals ein einseitiger zu Gunsten der letzteren sein wird.

Dr. Gh.

Der russisch-japanische Krieg.

Port Arthur.

Vor Port Arthur wird täglich mehr oder weniger heftig gekämpft, und die Japaner haben, wie jetzt auf dem Umwege über Tschifu bekannt wird, vom 26. bis 28. v. M. bereits einen Sturm auf die Festung unternommen, der aber abgeschlagen worden ist, allerdings unter großen Verlusten für die Russen, deren Lazarethe zur Unterbringung der Verwundeten bereits nicht mehr ausreichen. Ein Telegramm meldet darüber:

* Tschifu, 3. August. Ein dreitägiger Sturm der Japaner der hartnäckig gegen die inneren Verteidigungswerke im Norden und Osten von Port Arthur gerichtet war, blieb erfolglos. Tschunken, die hier aus Port Arthur eingetroffen sind, berichten darüber: Am 26. Juli vor Tagesanbruch begannen die Japaner von Kwokan aus den Angriff gegen die Küstenforts. Die russischen Vorposten wurden zurückgetrieben. Admiral Togo beschoß gleichzeitig die Forts aus weiter Entfernung; das Feuer der Forts zwang die Schiffe sich in sicherer Entfernung zu halten und machte so ein Zusammenwirken der japanischen Schiffe und der Landtruppen unwirksam. Am Morgen des folgenden Tages verließ die russische Flotte den Hafen unter dem Schutze der Batterien auf dem Goldenen Hügel, eröffnete aber kein Feuer auf die Japaner und zog sich bald zum Ankerplatze zurück. Der Angriff im Norden von Port Arthur erfolgte am 27. Juli. Der linke Flügel der Japaner rückte gegen die Russen bei Shinshilling vor, wurde aber zurückgeschlagen. Die Dschunken blieben, nachdem sie Port Arthur verlassen hatten, noch drei Tage in der Nähe der Stadt, hörten aber kein Feuer mehr. Die russischen Lazarette in Port Arthur sind überfüllt. Tausende von Verwundeten sind in Geschäfts- und Wohnhäusern von Chinesen untergebracht, die ihre Häuser dazu hergeben mußten. Krankenpfleger pflegen die Verwundeten in den Privathäusern, die ärztlich beaufsichtigt werden.

Der Angriff auf Tonutscheng.

Von der Armee, die den Angriff auf Tonutscheng unternahm, wird japanischerseits amtlich berichtet: Der Angriff begann am 30. Juli; der Feind hatte stark verschanzte Höhen um Tonutscheng eingenommen, 15 Meilen südöstlich von Haitscheng. Am 31. Juli entspann sich ein heftiger Kampf, der den ganzen Tag anhielt. Der linke Flügel der Japaner vertrieb den vor ihm stehenden Feind aus seiner Stellung und drohte der Hauptmacht des Feindes in den Rücken zu fallen, der dadurch gezwungen wurde, sich nachts auf Haitscheng zu zurückzuziehen. Die feindlichen Truppen standen unter Generalmajor Alexejew und setzten sich aus zwei Divisionen Infanterie und sechs Batterien zusammen. Die Japaner erbeuteten sechs Feldgeschütze und nahmen eine Anzahl Russen gefangen. Ihre Verluste betragen 300 Mann, während der Feind 150 Tote auf dem Felde ließ.

Ein englisches Urteil über das Wladiwostokgeschwader.

Die „Times" unterziehen den Bericht Skrydloffs über die Kreuzfahrt des Wladiwostokgeschwaders einer schneidigen Kritik und sagen, er zeige, daß England noch nicht am Ende seiner Schwierigkeiten mit Rußland hinsichtlich des neutralen Seewerkehrs sei. Seine Handlungsweise, indem er den „Knight Commander" und den deutschen Dampfer „Thea" versenkte, mag gänzlich im Einklange sein mit dem russischen Prisenkodex, wie russische Zeitungen behaupten, aber ein solches Vorgehen ist weder im Einklange mit unserem Prisengesetze, wie wir es handhabten, als unsere Herrschaft zur See unanfechtbar war, noch mit Grundsätzen, denen wir beistimmen können. Der deutsche Dampfer ist summarisch verurteilt und versenkt worden, weil seine Ladung aus Fischen bestand. Die Deutschen mögen protestieren oder nicht, wie es ihnen beliebt, aber wir wissen aus dem Munde des Premierministers, daß England die russische Regierung darauf aufmerksam gemacht hat, wie es die französische Regierung im Kriege mit China aufmerksam machte, daß wir Lebensmittel nicht als Kontrebande anerkennen können.

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. August.

* **Der neue Mirbach-Fall.** Unser Artikel „Herr v. Mirbach vor dem Reichsgericht" macht die Runde durch die Presse und erregt überall begreifliches Aufsehen. Wenn einige Blätter ausdrücklich erklären, daß sie uns die Verantwortung dafür überlassen müssen, so danken wir hiermit ausdrücklich für das uns dadurch bekundete Vertrauen. Von den einzelnen Zeitungen würmet das „B. T." dem Artikel seine Aufmerksamkeit in einem Aufsatz an leitender Stelle, worin es u. a. sagt:

Darüber wird schon jetzt kein Zweifel sein können, daß Freiherr v. Mirbach im eigenen Interesse sein bisheriges Wirken vor der Oeffentlichkeit klarlegen muß. Er hat soviel erstrebt und seine Hände in so zahlreichen Geschäften gehabt, daß man jetzt endlich seine vollgültige Legitimation in jeder Beziehung von ihm fordern muß. Sonst ist zu besorgen, daß er die Sache kompromittiert, der er zu dienen glaubt.

Die „Nat.-Ztg.", deren Beziehungen zu verschiedenen, den Kreisen um Herrn v. Mirbach nicht fernstehenden Finanzgrößen bekannt sind, kann natürlich ihren neuesten Schützling nicht fallen lassen und erklärt deshalb stolz wie ein Spanier:

Beweisen kann der Prozeßbericht des „Leipz. Tgbl." für den „Fall Mirbach" garnichts. Aber das Histörchen macht doch einen pikanten Eindruck — und das genügt für Sommersensationen.

Mit diesem Schlagwort hatte sich die „Nat.-Ztg." schon neulich aus der Situation zu winden gesucht, und sie wird mit der Aufneuerung desselben jetzt erst recht kein Glück haben. Die „Magd. Ztg." meint vorsichtig

. . . Der Bericht (wird) wohl von nächstbeteiligter Seite bald eine Korrektur erhalten und in eine andere Beleuchtung gerückt werden.

Stimmt! Die „andere Beleuchtung" ist sogar schon da, und zwar anscheinend von — Herrn v. Mirbach selbst, der sich im Berliner „Lok.-Anz." wie folgt vernehmen läßt:

Die Angelegenheit bedarf jedenfalls noch sehr eingehender Klärungen, ehe man zu einem Urteil berechtigt ist. Was den Vorgang selbst betrifft, so ist es als absolut unwahr zu bezeichnen, daß Freiherr von Mirbach irgend eine Zusage für eine Standeserhöhung der damaligen Braut des Prinzen, die aus bürgerlichem Stande war, gegeben hat, und zwar aus dem Anlaß, daß der Prinz auf die ihm von der Pflegschaft geschuldete Abrechnung seines Vermögens verzichte. Die Verbindung der beiden jungen Leute ist übrigens nicht zustande gekommen, und der Prinz ist noch unvermählt. Wenn gesagt wird, die Dame hätte zu einer Prinzessin gemacht werden sollen, so ist dies dahin zu verstehen, daß sie nach der Vermählung mit dem Prinzen als dessen ebenbürtige Gattin und in diesem Sinne als Prinzessin hätte anerkannt werden sollen.

Bezüglich der Zusage der Standeserhöhung steht ja schließlich die prinzliche Behauptung gegen die freiherrliche. Mit seinen letzten Worten bestätigt der „Lok.-Anz." lediglich das, was wir gesagt haben. Wir hätten übrigens nicht gedacht, daß uns gerade von der Seite eine so wertvolle Unterstützung kommen würde.

* Die „Dresdner Zeitung" kommentiert unsern Artikel vom Sonnabend abend über „die Staatstreue der evangelischen Arbeitervereine" und tut sehr verwundert, daß wir in dem Artikel von „Staatstreue auf Kündigung" geredet haben. Ein paar Sätze weiter aber heißt es in der Zeitung:

„Man stelle sich nur vor, die Mitglieder eines evangelischen Arbeitervereins hätten sich bei einer Reichstagswahl zwischen Menck und Göhre zu entscheiden: würde die Zumutung Menck zu wählen, nicht eine Zumutung des politischen Tarifiri für einen Arbeiter bedeuten, ganz gleich, ob er sonst christlicher oder sozialdemokratischer Arbeiter ist?"

Leider spricht das Blatt nicht deutlich, vielleicht wegen eines Restes bürgerlicher Scheu. Aber der ganze Absatz kann nur einen Sinn haben, wenn zu ergänzen ist: Ja wir billigen es, wenn die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine in solchem Falle den Sozialdemokraten wählen. Und das ist für uns der Punkt, wo die Staatstreue aufhört. Wenn die „Dresd. Ztg." das Wählen eines Sozialdemokraten mit der Staatstreue für vereinbar hält, so kann ihr das nicht verwehrt werden, denn Sünden gegen die Logik werden strafrechtlich nicht verfolgt. Aber das Blatt sollte doch wenigstens uns nicht deswegen, weil wir noch immer zwischen liberal, sogar zwischen entschieden liberal und sozialdemokratisch unterscheiden können, der Inkonsequenz zeihen. Unglück im Denken zu haben, ist schließlich nur ein Mangel an Intellekt, der aber leider nicht immer durch Vorzüge des Gemüts aufgewogen wird. Grundlose Anschwärzungen sind jedenfalls nicht zu solchen Vorzügen zu rechnen.

* Der politische Roman „Der Weltkrieg" von Niemann hat in uns schon vor seinem Erscheinen Unbehagen erregt wegen der, sagen wir milde, ungeschickten Art seiner Ankündigung. Unsere Befürchtungen sind durch den Roman selbst völlig gerechtfertigt worden, und um das Maß voll zu machen, versendet der Verlag nun auch noch folgende Reklamenotiz:

Die Furcht Englands vor Deutschland. Ueber London kommt die uns nicht weiter beunruhigende Nachricht, daß das englische Unterhaus sich trotz der heißen Sommertage nicht vertagt hat, sondern einen Antrag für die beschleunigte Vorlage zu einer bedeutenden Vermehrung der englischen Landtruppen eingebracht hat. Veranlassung hierzu soll der vor kurzem in Berlin erschienene hochpolitische Niemannsche Roman „Der Weltkrieg" gegeben haben, der die Zertrümmerung der englischen Weltmacht durch die verbündeten deutschen, russischen und französischen Truppen zum Gegenstand seiner Darstellung macht.

Da ausdrücklich darüber steht: „Nachstehende Notiz bitten beliebig zu verwenden", so sei dem gewiß wohl: Rührigkeit ist unzweifelhaft eine geschäftliche Tugend. Nur ist es mit ihr allein nicht getan. Es muß sich ihr ein wenig Geschick und ein wenig Geschmack gesellen, sonst erreicht sie das Gegenteil ihres Zweckes. Was wir hier vor uns sehen, ist eine Blüte der Geschmacklosigkeit. Das möchte bei der allseits garantierten Berechtigung eines jeden, sich so gut zu blamieren, wie er kann, schließlich noch hingehen. Aber hier werden auch öffentliche Interessen wegen offenbarer Reklamezwecke verletzt. Wenn wir auch keinen Augenblick daran zweifeln, daß das englische Parlament sich um den Niemannschen Roman herzlich wenig kümmert, so sollte doch aus einfachsten patriotischen Rücksichten vermieden werden, auch noch überflüssigen Konfliktsstoff böswilligen Leuten in die Hand zu geben. Unser Verhältnis zu England ist schon infolge der Tatsachen, der Konkurrenz auf politischem, industriellem und kommerziellem Gebiete notgedrungen so wenig erfreulich, daß nicht auch noch durch Phantasiegebilde und zu irgend welcher Reklame Reibungsflächen konstruiert zu werden brauchen. In dieser Aera der Interpretationskunst wollen wir noch ausdrücklich bemerken, daß wir unter Umständen nicht gegen offene, selbst scharfe Worte gegen den nur allzu häufigen englischen Uebermut sind — aber gegen absolut überflüssige Vermehrung der Friktionen und gegen so gefährliche Ausnützung der tatsächlich bestehenden nationalen Gegensätze müssen wir uns wenden. Wenn manchem Zeitgenossen das Verantwortlichkeitsgefühl nur in geringen Dosen zugemessen wurde, so ist die Presse verpflichtet, um so mehr davon zu haben — auch wenn es sich um antienglische Tendenzen handelt.

Berlin, 3. August.

* **Die Nordlandsfahrt des Kaisers.** Der Kaiser unternahm Dienstag vormittag einen Spaziergang in das herrliche Loental und besuchte nachmittags Olden. Leider ist das Wetter trübe geworden, so daß die für heute in Aussicht genommene Partie fraglich ist. An Bord alles wohl.

* **Geheime Regierungspläne** will der „Vorwärts", wie bereits gemeldet, erlauscht haben. Er behauptet sogar, seine Ausführungen noch durch folgendes vervollständigen zu können:

Der Plan, der unter den Parteiführern zur Erörterung gelangt ist, geht dahin, daß das Reichstagswahlrecht sehr bedeutend verschlechtert und anderseits das preußische Landtagswahlrecht ein wenig verbessert werden soll, sodaß für beide Parlamente ein und dasselbe Wahlrecht besteht. Man hofft, durch Verbesserungen am preußischen Landtagswahlrecht die Opposition gegen die sehr erhebliche Verschlechterung beziehungsweise Beseitigung des bisherigen Reichstagswahlrechts abzuschwächen.

Die preußische Regierung steht diesen Verhandlungen nicht nur freundlich gegenüber, sie sind sogar unter ihrer Mitwirkung geführt worden.

Eine weitere Idee der Wahlrechtsfeinde geht dahin, daß, wenn es gelänge, für Reichstag und preußischen Landtag das gleichartige Wahlrecht einzuführen, dann allmählich auch in den übrigen deutschen Landtagen dasselbe Wahlrecht zur Geltung gebracht werden soll. Würde das geschehen, so könnte der alte Wunsch erfüllt werden, daß besondere Reichstagsabgeordnete überhaupt in Wegfall kommen und der Reichstag aus Delegationen der einzelnen Landtage zusammengesetzt wird.

Die ablehnende Haltung der nationalliberalen Partei gegenüber solchen etwa bestehenden Plänen haben wir bereits hervorgehoben.